

ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK)

SCHRIFTENREIHE NR. 184

**ÖROK-REGIONALPROGNOSEN 2010-2030
MODELLRECHNUNG BIS 2050
BEVÖLKERUNG, ERWERBSPERSONEN
UND HAUSHALTE IN DEN NUTS 3-REGIONEN
UND BEZIRKEN ÖSTERREICHS**

AUTORINNEN

Alexander Hanika

Josef Kytir

Gudrun Biffi

Alexander Wisbauer

Erstellt von STATISTIK AUSTRIA



Wien, Juni 2011

Zusammenfassung

ÖROK-REGIONALPROGNOSEN 2010-2030 MODELLRECHNUNG BIS 2050

Die von der STATISTIK AUSTRIA im Auftrag der ÖROK erstellten Regionalprognosen bieten eine Vorausschätzung der Bevölkerungszahl und der Zahl der Erwerbspersonen nach Alter und Geschlecht sowie der Zahl der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße für insgesamt 124 Prognoseregionen und damit in weiterer Folge für die 99 Politischen Bezirke, 35 NUTS 3-Regionen und neun Bundesländer Österreichs. Die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose für Österreich insgesamt sowie für die Bundesländer entsprechen dabei den Ergebnissen der STATISTIK AUSTRIA-Bevölkerungsprognose vom Herbst 2009. Die regionalisierten Annahmen haben bis 2030 Prognosecharakter, danach (bis 2050) den Charakter von Modellrechnungen mit im Wesentlichen konstanten Prognoseparametern.

1. Bevölkerungsprognose

Insgesamt wird die Bevölkerungszahl Österreichs künftig wachsen, und zwar bis zum Jahr 2015 auf 8,574.000 (+2,8% gegenüber 2008) und bis zum Jahr 2030 auf 9,048.000 Personen (+8,5%). Aber auch nach 2030 ist nach der vorliegenden Prognose mit weiteren Zuwächsen zu rechnen, und zwar auf 9,467.000 im Jahr 2050 (+13,6%). Überdurchschnittlich starke Bevölkerungszunahmen sind in Wien und Niederösterreich zu erwarten. Das südlichste Bundesland Kärnten wird hingegen mittelfristig stagnieren und langfristig mit leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen haben. Die künftigen Bevölkerungsentwicklungen des Burgenlandes sowie von Vorarlberg und Tirol entsprechen grosso modo dem Bundestrend. Das Bevölkerungswachstum Salzburgs und Oberösterreichs sowie der Steiermark fällt hingegen unterdurchschnittlich stark aus.

Regionale Bevölkerungsentwicklung

Tiefer regionalisiert bietet sich ein deutlich differenzierteres Bild. Wie schon in der Vergangenheit, werden auch in Zukunft Regionen mit starkem Bevölkerungswachstum bis zu 28% (Schwechat) solchen mit Bevölkerungsverlusten bis zu 11% (Murau; jeweils 2030) gegenüber stehen. Die stärksten Zunahmen werden auch in den kommenden Jahrzehnten in den Regionen rund um die großen Städte zu verzeichnen sein, insbesondere betrifft dies den Großraum rund um die Bundeshauptstadt Wien. Die Städte selbst werden auch an Bevölkerung gewinnen, in der Regel allerdings nicht so stark wie ihr Umland.

Auf Basis der NUTS 3-Regionen sind die stärksten Zuwächse im Wiener Umland-Nord sowie im Wiener Umland-Süd zu erwarten. Zum Jahresbeginn 2030 werden diese beiden Regionen laut Vorausschätzung um 21% mehr Bevölkerung zählen als zum 1.1.2009, dem Ausgangspunkt der Prognose. Der Suburbanisierungsprozess rund um Wien reicht bis in das nördliche Burgenland, wo die Bevölkerungszahl bis 2030 um 14% zunehmen wird. Wien selbst wächst im Vergleich dazu bloß um 13%. In der Bundeshauptstadt werden zwar die Geburtenbilanz sowie der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland positiv sein, die Stadt hat aber gegenüber ihrem Umland deutliche Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen. Auch für die Region der steirischen Landeshauptstadt Graz wird für die nächsten 20 Jahre ein starkes Bevölkerungswachstum von 15% prognostiziert.

Weitere NUTS 3-Regionen mit Bevölkerungsgewinnen über 10% bis 2030 sind Rheintal-Bodensee in Vorarlberg, Linz-Wels in Oberösterreich, Innsbruck (Tirol) und Sankt Pölten (Niederösterreich).

Sowohl der Westen als auch der Osten der Obersteiermark werden, wie in der Vergangenheit, auch künftig relativ stark an Bevölkerung verlieren. Zunehmende Geburtendefizite und Binnenwanderungsverluste führen hier bis 2030 zu einem Bevölkerungsrückgang von 8%. Auch in Ober- und Unterkärnten ist die demographische Situation ähnlich; hier sind die Bevölkerungsverluste bis 2030 mit 5% aber relativ betrachtet nicht ganz so hoch wie in der Obersteiermark. Im Salzburger Lungau sowie in Osttirol geht die Bevölkerungszahl bis 2030 um 4% zurück.

Künftige Entwicklung der Altersstruktur

Bedingt durch die starken Baby-Boom-Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre ist das künftige Bevölkerungswachstum Österreichs von einem Alterungsprozess begleitet. Wie in der Vergangenheit sinkt die Zahl der unter 20-jährigen Personen in den nächsten Jahren vorerst noch weiter ab, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung geht zwischen 2008 und 2030 von 21,2% auf 19,0% zurück. Die Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren wird hingegen zahlen- und anteilmäßig stark an Gewicht gewinnen. Ihre Absolutzahl nimmt bis 2030 um die Hälfte zu, ihr Bevölkerungsanteil steigt von 17,2% auf 23,8%. Die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren wird in den kommenden Jahren vor

allem durch Zuwanderung noch leicht anwachsen, langfristig aber wieder sinken. Kurzfristig steigt der Anteil des Erwerbspotenzials auf über 60% an.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis 19 Jahre wird nur mehr in wenigen Regionen Österreichs steigen. Nur dort, wo starkes Bevölkerungswachstum prognostiziert wird, ist auch mit einem Zuwachs jüngerer Menschen zu rechnen. Im Wesentlichen ist das Wachstum dieser Altersgruppe auf den Großraum Wien beschränkt, aber auch in den Regionen einiger Landeshauptstädte wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen zumindest mittelfristig noch um bis zu 25% (Schwechat) zunehmen. Ansonsten ist österreichweit sowohl mittel- als auch langfristig mit einem Rückgang der unter 20-jährigen Bevölkerung zu rechnen. Regionen mit Bevölkerungsverlusten weisen hingegen bis 2030 auch stärkere Rückgänge um bis zu -30% (Murau) bei den Kindern und Jugendlichen auf.

Die Zu- oder Abnahmen des Erwerbspotenzials korrelieren ebenfalls stark mit der Bevölkerungsentwicklung insgesamt. So wird die Zahl der 20- bis 64-jährigen Bevölkerung wiederum im Wiener Umland bis zu 20% (Schwechat) am stärksten steigen, in der Obersteiermark hingegen bis -20% (Murau) am stärksten zurückgehen. Für das Wiener Umland-Nord wird bis zum Jahr 2030 ein Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung von 14% vorausgeschätzt, im Wiener Umland-Süd beträgt die Zunahme 13%. Deutlich schwächer ist der Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung bis zum Jahr 2030 mit 8% respektive 6% in den Städten Graz und Wien.

Die Zahl der Menschen im Pensionsalter, d.h. von 65 und mehr Jahren, wird hingegen mittel- und langfristig nirgendwo mehr sinken. Am stärksten steigt sie bis 2030 mit 81% im Bezirk Salzburg-Umgebung, am schwächsten im Bezirk Leoben mit 10%. Der bevorstehende Alterungsprozess ist sicher eine der größten demographisch bedingten Herausforderungen für die Zukunft. Dies gilt sowohl für Bundes- als auch für Länderverwaltungen, aber insbesondere auch für die Institutionen, die für die infrastrukturellen Planungen und Investitionen zur Begleitung und Betreuung älterer Menschen verantwortlich sind. Der bevorstehende Alterungsprozess der Bevölkerung ist nicht alleine auf den erfreulichen Umstand einer steigenden Lebenserwartung zurückzuführen. Vielmehr sind es die starken Geburtsjahrgänge der Vergangenheit und insbesondere die Baby-Boom-Generationen der 50er- und 60er-Jahre, die in absehbarer Zukunft das Pensionsalter erreichen werden.

2. Erwerbsprognose

Die Erwerbsprognose verknüpft die zukünftige demographische Entwicklung laut Hauptvariante der Bevölke-

rungsprognose mit drei unterschiedlichen Szenarien über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung. Einem Hauptszenario, das die für die kommenden Jahrzehnte plausibelste Entwicklung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten abbildet, werden zwei Alternativszenarien gegenübergestellt. Ein Aktivierungsszenario unterstellt eine gegenüber dem Hauptszenario zukünftig noch stärkere Ausschöpfung des Erwerbspotentials bei den Frauen sowie von Personen in höherem Erwerbsalter. Ein Status-quo-Szenario lässt dagegen im Sinne einer Sensitivitätsanalyse die aktuellen alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten über den gesamten Prognosezeitraum hinweg unverändert.

Entwicklung der Erwerbspersonen in Österreich

Ausgangspunkt der Vorausschätzung über die zukünftige Entwicklung der nach Alter und Geschlecht gegliederten Zahl an Erwerbspersonen sind die Ergebnisse der demographischen Prognose. Gemäß den Ergebnissen dieser Prognose wird die Zahl der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) in Österreich von gegenwärtig rund 5,66 Mio. bis 2020 auf 5,79 Mio. weiter steigen um danach bis 2037 auf knapp 5,5 Mio. zurückzugehen. In weiterer Folge wird die Zahl der Menschen in dieser Altersgruppe bis 2050 wieder geringfügig auf 5,545 Mio. ansteigen.

Das Hauptszenario der Erwerbsprognose spiegelt diese Entwicklung im Wesentlichen wider. Allerdings erreicht die Zahl der Erwerbspersonen schon etwas früher, nämlich im Jahr 2018 ein Maximum von 4,2 Mio. (2009: 4,084 Mio.). Danach sinkt demographisch bedingt die Erwerbspersonenzahl bis 2030 um ca. 100.000 auf unter 4,1 Mio. ab, ehe es nach 2030 zu einem neuerlichen Anstieg kommt. Im Hauptszenario geht die Prognose für das Jahr 2050 von insgesamt 4,235 Mio. Erwerbspersonen aus. Aufgrund der für Männer und Frauen unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der zukünftigen Trends in der Erwerbsbeteiligung beruht der Anstieg nach 2030 nahezu ausschließlich auf einer steigenden Zahl weiblicher Erwerbspersonen, während die Zahl erwerbstätiger oder arbeitsloser Männer praktisch stagniert.

Hinter dem mäßigen Wachstum des Arbeitskräfteangebots verbirgt sich allerdings ein deutlicher Wandel in der Altersstruktur der Erwerbspersonen. Durch das Nachrücken der Babyboomer ins höhere Erwerbsalter sowie insbesondere durch die Annahme zukünftig stark steigender Erwerbsquoten jenseits des 50. Lebensjahres, wird die Zahl der älteren Erwerbspersonen deutlich zunehmen. Bereits 2015 sollte die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 50 und mehr Jahren die Millionen-Grenze übersteigen (2009: 811.000) und noch vor 2020 bei über 1,1 Mio. liegen.

Entwicklung der Erwerbspersonen nach Bundesländern

Nach Bundesländern differenziert, wird in Kärnten der stärkste Rückgang an Erwerbspersonen zu verzeichnen sein. In den kommenden drei Jahrzehnten (bis 2039) wird sich hier das Arbeitskräfteangebot um 11% verringern. Danach ist mit einer Stagnation der Erwerbspersonenzahl in Kärnten zu rechnen. In der Steiermark, in Salzburg und in Oberösterreich wird es ebenfalls bis zur Mitte des Jahrhunderts zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung kommen, wobei die Einbußen rund 2% bis 5% betragen werden und somit deutlich geringer als in Kärnten ausfallen werden.

Im Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen nach einem leichten Rückgang in den 2020er-Jahren von etwa 3% bis zum Jahr 2050 wieder auf das Niveau des Ausgangsjahres der Prognose (2009) ansteigen. In Tirol, Vorarlberg und Niederösterreich ist über den gesamten Prognosezeitraum (2009-2050) hinweg mit insgesamt ansteigenden Erwerbspersonenzahlen zu rechnen, obwohl auch in diesen Bundesländern das Wachstum in den 2020er-Jahren von einer Phase des leichten Rückgangs unterbrochen wird. Insgesamt wird aber bis zur Mitte des Jahrhunderts die Zahl der Erwerbspersonen in Niederösterreich (+9%) stärker ansteigen, als in Vorarlberg (+6%) und Tirol (+3%).

Das einzige Bundesland, das einen kontinuierlichen Anstieg der Erwerbsbevölkerung bis zur Mitte des Jahrhunderts verzeichnen wird, ist die Bundeshauptstadt Wien. Hier ist von 2009 bis 2050 mit einem besonders starken Wachstum in der Höhe von rund 16% zu rechnen.

Kleinräumige Entwicklung der Erwerbspersonen

Die kleinräumige Entwicklung der künftigen Erwerbspersonenzahl folgt im Wesentlichen dem regionalen Muster der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. In Regionen, in denen die Zahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stabil bleibt oder noch ansteigt, wird auch die Zahl der Erwerbspersonen weiter zunehmen. Hingegen wirken sich regionale Bevölkerungsverluste auch auf das regionale Angebot an Arbeitskräften aus. Meist ist der Rückgang der Erwerbspersonen sogar noch ausgeprägter, da häufig eine Verschlechterung der Arbeitsplatzchancen Auslöser für die Abwanderung ist, wobei Personengruppen mit höherer Erwerbsquote stärker abwandern als solche mit geringer Erwerbsneigung.

Die größten Zuwächse an Erwerbspersonen wird es nahezu ausschließlich in und um die großen Städte Österreichs geben, wobei die Ostregion das mit Abstand

stärkste Wachstum verzeichnen wird. Bis 2050 werden im Wiener Stadtumland um 25% mehr Erwerbspersonen leben als noch im Jahr 2009. Ebenfalls sehr starke Zuwächse werden in und um Graz, in der Bundeshauptstadt Wien selbst, aber auch im Nordburgenland sowie in und um die Städte Sankt Pölten, Linz-Wels und Innsbruck sowie im Rheintal-Bodenseegebiet zu erwarten sein.

Unter den politischen Bezirken wird Wien-Umgebung mit +33% den stärksten Zuwachs an Erwerbspersonen bis 2050 verzeichnen können. Mit Zunahmen in der Größenordnung von 22 bis 25% folgen dahinter die Bezirke Baden, Korneuburg, Mödling, Bruck an der Leitha, Wiener Neustadt (Stadt) und Gänserndorf.

Flächendeckend und vergleichsweise starke Einbußen an Erwerbspersonen wird es vor allem in den inneralpinen und südlichen Regionen Österreichs geben, wo mit Ausnahme von Graz und Umgebung die gesamte Steiermark, das Mittel- und Südburgenland, das gesamte Bundesland Kärnten, die Salzburger Regionen Lungau, Pinzgau und Pongau sowie Osttirol betroffen sind. Aber auch andere periphere bzw. strukturschwache Regionen, wie beispielsweise das Mühl- und Waldviertel, der oberösterreichische Voralpenraum, das Tiroler Oberland und der Bregenzer Wald werden eine mehr oder weniger starke Abnahme der Erwerbspersonenzahl verzeichnen.

Unter allen Bezirken ist die größte Abnahme in Murau zu erwarten, wo die Zahl der Erwerbspersonen zwischen 2009 und 2050 um fast ein Drittel sinken wird. Einen Rückgang in der Größenordnung von ungefähr 25% werden die Bezirke Judenburg, Wolfsberg, Zwettl, Hermagor, Mürzzuschlag und Lienz erfahren.

Aktivierungsszenario und Status-quo-Szenario

Zwei alternative Prognoseszenarien machen deutlich, welchen Effekt die Annahmen über zukünftige Veränderungen im Erwerbsverhalten von Männern und Frauen auf die Ergebnisse der Erwerbsprognose haben. Beim Status-quo-Szenario würden – unter Annahme zukünftig konstant gehaltener Erwerbsquoten des Jahres 2009 – insbesondere die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen demographisch bedingt kaum mehr weiter ansteigen und schon ab dem Jahr 2016 kontinuierlich zurückgehen, während im Hauptszenario aufgrund der unterstellten Zunahme der Frauenerwerbsquote ein deutliches Wachstum prognostiziert wird. In Summe würde die Zahl der Erwerbspersonen nach dem Status-quo-Szenario ab 2025 auf unter 4 Mio. und nach 2032 auf unter 3,9 Mio. Menschen sinken.

Das Aktivierungsszenario unterstellt hingegen gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die zu einer zukünftig noch stärkeren Ausschöpfung des

Erwerbspotentials, insbesondere bei Frauen sowie von Personen in höherem Erwerbsalter, führen. Demzufolge wird hier die Zahl der Erwerbspersonen langfristig (im Jahr 2050) um 220.000 Personen größer sein als im Hauptszenario, also insgesamt 4,45 Mio. betragen. Bezogen auf das Ausgangsjahr der Prognose bedeutet dies einen Anstieg des Arbeitskräfteangebots bis zur Mitte des Jahrhunderts um insgesamt 9%.

3. Haushaltsprognose

Auf Basis der Bevölkerungsprognose wurde auch eine kleinräumige Haushaltsprognose in zwei Varianten erstellt. Die Trendvariante basiert auf Extrapolationen der alters- und geschlechtsspezifischen Haushaltsrepräsentantenquoten bis zum Jahr 2021. Die konstante Variante hält die für das Jahr 2009 geschätzten Quoten über den gesamten Projektionszeitraum konstant.

Entwicklung der Haushalte nach Bundesländern

Gemäß Trendvariante wird die Zahl der Privathaushalte in Österreich künftig weiter steigen. Die Zunahme der Privathaushalte ist in erster Linie eine Folge der wachsenden Bevölkerungszahlen. Gemäß Volkszählung 2001 gab es in Österreich 3,34 Mio. Privathaushalte. Laut Mikrozensus waren es 2009 bereits 3,60 Mio., somit um 7,7% mehr als 2001. Im Jahr 2020 wird ihre Zahl mit 3,86 Mio. voraussichtlich um 7,2% höher sein als 2009. Bis 2030 wird sie auf 4,05 Mio. (+12,5%), bis 2050 schließlich auf 4,31 Mio. ansteigen (+19,8%).

Die Gesamtzahl der Privathaushalte wird künftig in allen Bundesländern wachsen, allerdings unterschiedlich stark und zum Teil nicht über den gesamten Prognosezeitraum bis 2050. Das stärkste Wachstum bis 2030 ist in Vorarlberg zu erwarten (+16,4%), gefolgt von Niederösterreich (+15,2%) und dem Burgenland (+14,4%). Knapp über dem Österreichdurchschnitt von +12,5% liegen noch Wien (+13,4%), Tirol (+12,9%) und Oberösterreich (+12,8%). Im Bundesvergleich unterdurchschnittlich stark fallen die Haushaltszuwächse in Kärnten (+8,1%), in der Steiermark (+8,6%) und im Bundesland Salzburg (+10,6%) aus.

Einpersonenhaushalte

Differenziert nach Ein- und Mehrpersonenhaushalten wird weiterhin die Zahl der alleine lebenden Menschen überdurchschnittlich stark steigen. 2030 wird die Zahl der Einpersonenhaushalte österreichweit mit 1,56 Mio. um ein gutes Fünftel (+21,3%) größer sein als 2009 mit 1,29 Mio.

In Vorarlberg steigt die Zahl der Einpersonenhaushalte bis 2030 um nahezu ein Drittel. Auch im Burgenland, in Oberösterreich, in Kärnten, in Tirol, in Niederösterreich

und in Salzburg wird die Zahl der alleine Lebenden bis 2030 im Bundesvergleich überdurchschnittlich stark steigen. Unter dem Bundesschnitt liegen nur die Steiermark (+19%) sowie die Bundeshauptstadt Wien (+16%), die unter den getroffenen Annahmen den schwächsten Zuwachs an Einpersonenhaushalten aller Bundesländer zu verzeichnen haben werden.

Mehrpersonenhaushalte

Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte wird zwar bundesweit, aber nicht in allen Bundesländern, über den gesamten Projektionszeitraum bis 2050 zunehmen. In Kärnten ist sie sogar schon jetzt leicht rückläufig. 2009 existieren in Österreich 2,31 Mio. Mehrpersonenhaushalte. 2030 werden es gemäß Trendvariante der vorliegenden Modellrechnung 2,49 Mio. Einheiten sein (+7,7%), 2050 schließlich 2,58 Mio. (+11,8%).

Die drei östlichen Bundesländer, wo das künftige Bevölkerungswachstum am stärksten ausfällt, sowie Vorarlberg im Westen werden bis 2030 die stärksten Zuwächse an Mehrpersonenhaushalten zu verzeichnen haben und somit mit ihren Zuwachsraten über dem Bundesschnitt liegen. Die Rangliste wird von Niederösterreich angeführt, gefolgt von der Bundeshauptstadt Wien sowie von Vorarlberg und dem Burgenland.

Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte Kärntens stagniert und sollte 2030 geringfügig niedriger sein als im Jahr 2009. Vier Bundesländer weisen hingegen bis 2030 unterdurchschnittlich starke Zuwachsraten bei den Mehrpersonenhaushalten auf, nämlich Tirol, Oberösterreich, Salzburg und Steiermark.

Nach der Größe der Mehrpersonenhaushalte differenziert sind es vor allem die Zweipersonenhaushalte, die österreichweit künftig noch stark wachsen werden – im Durchschnitt um 13 %. Die Zahl der Dreipersonenhaushalte nimmt schwächer zu, jene der Vierpersonenhaushalte stagniert. Die größeren Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften mit fünf oder mehr Mitgliedern werden hingegen schrumpfen.

Kleinräumige Entwicklung der Haushalte

Auch auf kleinräumiger Ebene zeigt sich: Die Zahl der Privathaushalte wird in den kommenden Jahrzehnten fast überall in Österreich wachsen. Die wenigen Prognoseregionen mit sinkenden Haushaltszahlen sind einige periphere Regionen mit hoher Abwanderung und dadurch bedingt auch zusätzlicher starker Alterung. Insgesamt sind es acht Prognoseregionen, in denen es nach der aktuellen Vorausschätzung 2030 weniger Privathaushalte geben wird als 2009. Diese Regionen haben künftig mit einer schrumpfenden bzw. stagnierenden Bevölkerungszahl zu rechnen. Dies schlägt sich auch auf die Haushaltszahlen nieder. Die

größten Rückgänge werden für die obersteirischen Bezirke Leoben und Mürzzuschlag prognostiziert. Hier sollte die Zahl der Privathaushalte im Jahr 2030 um 7% bzw. 6% niedriger sein als 2009. Aber auch die Bezirke Judenburg (-4%), Murau (-3%), Bruck an der Mur (-2%), Gmünd (-1,8%) werden 2030 voraussichtlich weniger Privathaushalte zählen als 2009. Für Zwettl (-0,4%) und die oberösterreichische Statutarstadt Steyr (-0,1%) ist eine Stagnation der Zahl der Privathaushalte zu erwarten.

In jenen Regionen hingegen, in denen die Bevölkerungszahl künftig noch stark zunehmen wird, wird auch die Zahl der Haushalte weiterhin stark wachsen. Die stärksten Anstiege sind nahezu ausschließlich im näheren sowie etwas weiter entfernten Umland der großen Städte (Wien, Graz, Linz) zu erwarten, aber auch in einigen Regionen der Bundesländer Vorarlberg und Tirol.

Bezogen auf die NUTS 3-Regionen sind die stärksten Zuwächse in den zentralen Räumen der Bundesländer zu erwarten. Im Jahr 2030 wird die Zahl der Haushalte im Wiener Umland-Nord (+25%) sowie im Wiener Umland-Süd (+22%) um mehr als ein Fünftel höher sein als 2009. Weiters sind im Nordburgenland (+19%), in der Region Rheintal-Bodensee (+18%) und in der Region Graz (+17%) künftig substantielle Haushaltszuwächse zu erwarten. In den NUTS 3-Regionen Tiroler Unterland, Linz-Wels, Innsbruck, Wien, St. Pölten und Innviertel steigt die Zahl der Privathaushalte in diesem Zeitraum um 13% bis 15%.

Einpersonenhaushalte

Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt sowohl in Regionen stark an, die mit hohen Bevölkerungszuwächsen rechnen können, als auch dort, wo der Alterungsprozess deutlicher ausgeprägt sein wird. Dies erklärt die prognostizierten hohen Zuwächse bis 2030 beispielsweise für das Mühlviertel (+37%), das Innviertel (+36%), das Tiroler Oberland (+34%), das Wiener Umland-Nord (+33%), die Region Rheintal-Bodensee sowie das Nordburgenland (jeweils +32%), Bludenz-Bregenzerwald (+31%) sowie Traunviertel, Lungau und Oststeiermark (jeweils +30%).

In manchen strukturschwachen Regionen, die schon in der Vergangenheit hohe Abwanderung zu verzeichnen hatten wird es hingegen eine Stagnation bzw. nur einen leichten Anstieg an Einpersonenhaushalten geben. In der östlichen Obersteiermark beträgt der Zuwachs an Einpersonenhaushalten bis 2030 bloß 2%.

Mehrpersonenhaushalte

Für Österreich insgesamt errechnet die aktuelle Prognose bis 2030 einen Zuwachs an Mehrpersonenhaushalten von 8%. In vielen Regionen mit zu erwartenden Bevölke-

rungsverlusten wird auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte künftig rückläufig sein. So werden in der östlichen und westlichen Obersteiermark die Mehrpersonenhaushalte um 9% zurückgehen, in Unter- und Oberkärnten jeweils um 5%.

Dort, wo die Bevölkerungszahl hingegen stark wächst, nimmt auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte deutlich zu. Im Wiener Umland steigt die Zahl der Mehrpersonenhaushalte bis 2030 um ein Fünftel, in der Region Graz und im Nordburgenland jeweils um 15%. Auch auf regionaler Ebene wird sich der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße weiter fortsetzen.

Konstante Variante und Sensitivitätsanalysen

Die Trendextrapolation der Haushaltsbildungsprozesse in der Bevölkerung auf Basis der Haushaltsrepräsentantenquoten führt langfristig zu einem tendenziell etwas geringeren Anstieg der Haushaltszahlen als auf Basis der demographischen Entwicklung bei konstanten alters- und geschlechtsspezifischen Haushaltsrepräsentantenquoten zu erwarten wäre. Die Differenz zwischen der Trendvariante und der Variante mit konstanten Haushaltsrepräsentantenquoten zeigt den Einfluss der Trendextrapolation auf die Entwicklung der Haushalte. Werden nur die Bevölkerungsentwicklung und deren Veränderung in der Alters- und Geschlechtsstruktur berücksichtigt und die Haushaltsrepräsentantenquoten auf dem Niveau von 2009 konstant gehalten (konstante Variante), so ergeben sich für das Jahr 2030 österreichweit 4,10 Mio. Privathaushalte. Der Wert der Trendvariante ist mit 4,05 Mio. um knapp 53.000 bzw. 1,3% niedriger. Auf Bundesländerebene führt die extrapolierte Trendentwicklung bis auf Kärnten und Wien überall zu niedrigeren Haushaltszahlen als die rein demographische Komponente. In diesen beiden Bundesländern gibt es nahezu keine Unterschiede in den für 2030 prognostizierten Werten gemäß den beiden Varianten.

Etwas differenzierter zeigt sich das Bild, wenn zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten unterschieden wird. Der Trend zu den Singlehaushalten dürfte sich in der Zukunft etwas abschwächen. Gemäß Trendvariante steigt nämlich die Zahl der Einpersonenhaushalte etwas schwächer an als unter konstanten Haushaltsquoten. Hier liegt bundesweit die Trendvariante für das Jahr 2030 um 53.000 Einpersonenhaushalte bzw. 3,3% unter der konstanten Variante. Nur in Wien verläuft der Trend zu den Einpersonenhaushalten etwas stärker als in den übrigen acht Bundesländern, was sich durch die größere Zunahme bei der Trendvariante als bei der konstanten Variante (+1,0%) zeigt. Bei den Mehrpersonenhaushalten zeigen sich hingegen kaum Unterschiede zwischen Trend- und konstanter Variante bei der Gesamtzahl im Jahr 2030.